



20. Januar 2023

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Wahlkreisreform oder Wahlrechtsreform**
- **60 Jahre deutsch-französischer Freundschaftsvertrag
Anerkennung des Völkermordes an den Êzîdinnen und Êzîden**
- **Boris Pistorius ist neuer Verteidigungsminister**
- **Reichsbürger und Spionage beim BND**
- **Umweltauswirkungen von verarbeiteten Kunststoffen soll verringert werden**
- **Neujahrsempfang: Hessen sozialer und gerechter machen**
- **Bilder der Woche**
- **Stellenausschreibung: Team Esther Dilcher sucht Verstärkung**

Wahlkreisreform oder Wahlrechtsreform

In den vergangenen zwanzig Jahren ist der Bundestag immer größer geworden. Das lag an den Überhang- und Ausgleichsmandaten. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate gewinnt als ihr Sitze nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen. Damit die anderen Parteien dadurch nicht benachteiligt werden, gibt es seit der Bundestagswahl 2013 auch Ausgleichsmandate.

Zu Beginn jeder Wahlperiode des Deutschen Bundestages beruft der Bundespräsident eine unabhängige Wahlkreiskommission. Zu den 4 Kommissionsmitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion gehört **Esther Dilcher**.

Die Wahlkreiskommission berechnet auf der Grundlage der Bevölkerungsstatistik die Anzahl der Wahlkreise die dem Land zur Verfügung gestellt werden und welche Wahlkreise angepasst werden müssen. Hierzu werden die Länder um Stellungnahme gebeten. In diesem Rahmen machen die Landesverwaltungen Vorschläge zur Einteilung der Wahlkreise im jeweiligen Land.

Wahlkreisreform

Die Wahlkreisreform sieht ab 2024 vor, dass es statt 299 nur noch 280 Wahlkreise gibt. Brisant: Der Wahlkreis 170 Schwalm-Eder/Frankenberg, einer der räumlich größten Bundestagswahlkreise, würde auf benachbarte Wahlkreise aufgeteilt werden und verschwinden.

„Es käme nicht zu einem ausgeglichenen Zuschnitt der umliegenden Wahlkreise, sondern zu einem bedenklichen Anwachsen von bereits flächenintensiven Wahlkreisen“, so Dr. Edgar Franke (Bild), um dessen Wahlkreis es geht. Die Ausübung des Mandats eines direkt gewählten Bundestagsabgeordneten sei dann kaum praktikabel. Schließlich gelte es, die Probleme, Erfahrungen und Meinungen der Bürger aufzunehmen und in den politischen Prozess einzubringen, Entscheidungen und Gesetzgebungen vor Ort zu



erklären. Der Schwalm-Eder-Kreis hätte nach der Wahlkreisreform keine eigene Stimme mehr in Berlin.

„Am Gravierendsten finde ich, dass mit dem Vorschlag der Neuabgrenzung die historischen Bezüge und die Altkreise in keiner Weise berücksichtigt werden und so Identitätsverluste entstehen würden. Die Bundestagsabgeordneten würden es dann auch kaum noch schaffen, vor Ort für die Wählerinnen und Wähler umfassend aktiv und vor allem für diese erreichbar zu sein“, so Franke weiter.

Ziel der bisher vorgesehenen Wahlkreisreform ist, dass künftig wieder 598 (Regelgröße) statt derzeit 736 Abgeordnete im Bundestag sein sollen.

Die Wahlkreisreform sieht eine Reduzierung der Zahl der Wahlkreise vor, um die Anzahl der Direktmandate zu begrenzen. Auf der Streichliste stehen zwölf Wahlkreise und Abgeordnete. Hessen würde gleich zwei Wahlkreise verlieren – Wahlkreise, die bisher von der SPD gewonnen wurden.

Eine bisherige Vergrößerung des Bundestages kann dadurch aber nicht verhindert, sondern lediglich verringert werden.

Wahlrechtsreform

Die Ampel-Koalition in Berlin lehnt daher diese Wahlkreisreform ab. Vielmehr will sie in einem diese Woche vorgelegten Gesetzentwurf eine Wahlrechtsreform umsetzen, die die zunehmende Zahl der Überhangmandate und die damit notwendigen Ausgleichsmandate vermeidet. So soll die gesetzliche Mitgliederzahl des Deutschen Bundestages von 598 sicher eingehalten werden.

Die im Fünfundzwanzigsten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes bereits beschlossene Reduzierung um 19 Wahlkreise würde im Zuge dessen aufgehoben und es würde bei den derzeitigen 299 Wahlkreisen bleiben.

Stattdessen sollen die Überhang- und Ausgleichsmandate wegfallen.

Wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate gewinnen würde als ihr nach ihrem Zweitstimmenergebnis zustünde, würden die „überzähligen“ Wahlkreissieger mit dem niedrigsten Erststimmenergebnis kein Bundestagsmandat bekommen. Das ist hinnehmbar - auch deshalb, weil es in Deutschland inzwischen Abgeordnete gibt, die ihren Wahlkreis mit weniger als 20 Prozent der Stimmen gewonnen haben.

60 Jahre deutsch-französischer Freundschaftsvertrag – Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft eines starken Europas



Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in Paris den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit“, den Élysée-Vertrag.

Am Donnerstag würdigten wir die deutsch-französische Freundschaft mit einer vereinbarten Debatte im Deutschen Bundestag. Der 60. Jahrestag ist nicht nur ein Tag der Versöhnung, er ist auch ein Tag des Aufbruchs in eine neue Ära der deutsch-französischen Beziehungen. Gemeinsam mit Frankreich setzen wir uns für eine demokratisch gefestigte, handlungsfähige und strategisch souveräne EU ein.

„Dass wir heute in der EU Frieden und Wohlstand leben können, verdanken wir auch diesem Vertrag, der unseren beiden Nationen einen neuen Weg geebnet hat“, so die Abgeordnete Esther Dilcher. „Der Erhalt und der weitere Ausbau der Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn und globalen Verbündeten ist für uns von großer Bedeutung“, betont Edgar Franke. „Bundeskanzler Olaf Scholz betont immer wieder, wie wichtig es ist, sich mit dem EU-Partner abzustimmen und Europa zu führen.“

Anerkennung des Völkermordes an den Êzîdinnen und Êzîden

Der Bundestag hat am Donnerstag den Völkermord an den Êzîden mit den Stimmen aller Parteien im Deutschen Bundestag einstimmig anerkannt.

Hierdurch wird ein Stück historische Gerechtigkeit geschaffen und der Gemeinschaft der Êzîden eine Stimme gegeben.

Das Êzîdentum ist eine große monotheistische Religionsgemeinschaft in Deutschland. Weltweit gibt es eine Million Êzîden, rund 200.000 davon in Deutschland. In Deutschland lebt die größte êzîdische Diaspora weltweit.

Die Gemeinschaft der Êzîden ist seit Jahrhunderten ständiger Verfolgungen ausgesetzt. Im August 2014 überrannte die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) die Sindschar-Region im Nordirak mit dem Ziel der völligen Auslöschung der Êzîden. Tausende unschuldige Männer wurden ermordet, Frauen und Mädchen vergewaltigt und versklavt, ältere Männer und Frauen getötet, Kinder verschleppt und als Kindersoldaten rekrutiert. 5000 Menschen wurden ermordet, 7000 entführt und versklavt, 300000 Menschen wurden vertrieben und 2850 Personen bleiben bis heute vermisst.

Boris Pistorius ist neuer Verteidigungsminister



Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius wurde am Donnerstag von der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas im Deutschen Bundestag als Verteidigungsminister vereidigt und nahm anschließend im Schloss Bellevue von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seine Ernennungsurkunde entgegen.

Boris Pistorius wird für seine pragmatische, durchsetzungsfähige und kompetente Art weit über die Grenzen Niedersachsens hinweg geschätzt. Er wird die jetzt notwendigen Reformen für die Bundeswehr konsequent umzusetzen und die deutschen

Verteidigungsstrukturen modernisieren.

„Mich hat die Berufung von Boris Pistorius überrascht, aber ich freue mich, dass nicht unbedingt immer an einer paritätischen Besetzung des Kabinetts festgehalten werden muss“, so die Abgeordnete Esther Dilcher. Edgar Franke ergänzt: „Er ist ein langjährig erfahrener Minister mit Führungskompetenz, der sich stets vor seine Beamtinnen und Beamte stellt und zugleich jegliche Formen von verfassungsfeindlichen Tendenzen ahndet und unterbindet. wir wünschen ihm zu seinem Amtsantritt alles Gute.“

Reichsbürger und Spionage beim BND

Der Vertreter der Generalbundesanwaltschaft berichtete in dieser Woche über das laufende Ermittlungsverfahren gegen eine Gruppierung von Reichsbürgern wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Derzeit befinden sich von den 25 Tatverdächtigen 24 in deutscher Untersuchungshaft; einer der Tatverdächtigen wehrt sich in Italien gegen seine Auslieferung nach Deutschland. Pikant: Führendes Mitglied der Reichsbürgergruppierung ist neben Prinz Reuß aus Hessen unter anderem die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit M.-W..

Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Vernehmungen der Tatverdächtigen, welche einer sorgfältigen und umfassenden Auswertung der gesammelten Daten bedürfen.

Im Anschluss berichtete der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes über ein Ermittlungsverfahren gegen einen Mitarbeiter des BND, Carsten L., der seit Ende Dezember 2022 unter dem dringenden Tatverdacht steht, Staatsgeheimnisse an Russland weitergegeben zu haben und sich derzeit in Untersuchungshaft befindet. Detailliertere Ausführungen, so wurde um Verständnis gebeten, könnten den Ermittlungserfolg zum jetzigen Zeitpunkt gefährden. Einigkeit bestand zwischen den Nachrichtendiensten, dem Bundeskanzleramt und der Generalbundesanwaltschaft darüber, dass sie in diesen Verfahren sehr vertrauensvoll und professionell zusammen arbeiten.

„Die weitere Arbeit der Generalbundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamts und der Landeskriminalämter sowie der Nachrichtendienste in diesen beiden Fällen ist für uns als Abgeordnete von höchster Bedeutung“, so Esther Dilcher (Bild). „Mir ist es wichtig, dass wir als Parlamentarier über Vorgänge von so zentraler Bedeutung für unser Land unterrichtet werden. Den erneuten angekündigten Besuch der Behördenvertreter begrüße ich daher ausdrücklich“, sagt Esther Dilcher, die Mitglied im Rechtsausschuss ist.



Umweltauswirkungen von verarbeiteten Kunststoffen soll verringert werden

Ob in Verpackungen, Textilien oder Maschinen: Kunststoffe werden in der Gesellschaft und Wirtschaft vielfältig angewendet. Immer häufiger kommen sie jedoch in kurzlebigen Produkten zum Einsatz, die häufig nicht wiederverwendet und unsachgemäß entsorgt werden. Mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt: Kunststoffe machen rund drei Viertel der weltweiten Meeresverschmutzung aus.

Die Bundesregierung hat deshalb in dieser Woche einen weiteren Gesetzentwurf zur Umsetzung der im Juni 2019 auf EU-Ebene beschlossenen Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt in den Bundestag eingebracht.



Mit diesem Gesetz wird die Verantwortung der Hersteller für bestimmte Kunststoffprodukte erweitert. Darunter fallen Zigarettenfilter, Getränkebecher sowie Verpackungen von Lebensmitteln zum Sofortverzehr, die typischerweise auf Plätzen, Gehwegen oder Parks als Abfall landen.

Die Umsetzung der europäischen Gesetzgebung ist der nächste wichtige Schritt um die Hersteller bestimmter Materialien in Deutschland an den Kosten der Allgemeinheit zu beteiligen. Es ist essentiell wichtig für unsere Umwelt, dass wir unsere Wiesen, Wälder, Seen, Flüsse und Meere stärker vor Plastik und weiteren Verschmutzungen schützen.

Hessen sozialer und gerechter machen

Zum Neujahrsempfang hatten die SPD-Abgeordneten des Frankenger Landes, Dr. Daniela Sommer und Dr. Edgar Franke in das DGH in Haubern eingeladen. Die heimischen Abgeordneten freuten sich, dass der Neujahrsempfang nach zwei Jahren „Corona-Pause“ wieder in einem vollen Haus stattfinden konnte.

Der Empfang dient auch dazu, sich für die große SPD Unterstützung im letzten Jahr zu bedanken. Edgar Franke: „Auf die SPD ist auch in schwierigen Zeiten immer Verlass sein. Wir streiten um die besten Lösungen. Wir zeigen Charakter und übernehmen Verantwortung. Wir stellen mit Olaf Scholz den richtigen Mann an der Spitze der Bundesregierung.



Im Bild von links: Hendrik Klinge, vom ausrichtenden SPD-Ortsverein Frankenberg, Landtagsabgeordnete Dr. Daniela Sommer und Edgar Franke.



Die Entlastungspakete sind die sozialdemokratische Antwort auf die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie zielen auf den Zusammenhalt der Gesellschaft. Unsere Botschaft ist klar: Wir machen Soziale Politik für die Menschen!“

Dr. Daniela Sommer ergänzte, dass viele Menschen verunsichert sind. Deshalb sind die Maßnahmen wie das Entlastungspaket, der Mindestlohn, mehr Kindergeld und Kinder-

Dr. Philipp Rottwilm, SPD Kreisvorsitzender Schwalm-Eder bei seinem Grußwort.

zuschlag, ein erhöhtes und ausgeweitetes Wohngeld, Einmalzahlungen wegen der Energiekrise gut angelegtes Geld. Aber es bedarf darüber hinaus passgenaue Lösungen. Wir verstehen uns als Anwälte für die Menschen vor Ort - „wir setzen uns für jeden einzelnen Menschen ein und erheben unsere Stimme für unsere Heimat, damit wir weiter hier gut leben können!“

Sommer und Franke zielten zudem auf den anstehenden Wahlkampf in Hessen ab: Einen echten Politikwechsel kann es nur dann geben, wenn die SPD die Regierung anführt. Dafür kämpfen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die Menschen merken, dass nach fast 25 Jahren bei der CDU die Luft raus ist. Vier Minister der Wiesbadener schwarz-grünen Koalition hören deshalb auch auf. Wir als SPD wollen dagegen eine Politik für die ländliche Region machen. Eine Politik, die „eine gute Infrastruktur und eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung mit Krankenhäusern und mit Ärzten im fach- und hausärztlichen Bereich und auch in der Pflege gewährleistet.

Mit dem richtigen politischen Kompass wolle die SPD auch Hessen sozialer und gerechter machen.

Das 2023 ein spannendes Jahr werden wird, da waren sich alle mit

den Gastgebern einig: auch die beiden anwesenden Landräte aus Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg, die anwesenden Bürgermeister, der Unterbezirksvorsitzende des Schwalm-Eder-Kreises, Dr. Philipp Rottwilm sowie Hendrik Klinge, vom ausrichtenden SPD-Ortsverein Frankenberg.



Auch die beiden anwesenden Landräte Winfried Becker (Schwalm-Eder-Kreis, im Bild links) und Jürgen van der Horst (Waldeck-Frankenberg) waren sich mit den Gastgebern einig, dass 2023 ein spannendes Jahr werden wird.

Bilder der Woche



Edgar Franke vertrat seinen Minister beim

G 7 „Health Minister Call“

Besprochen wurden die einzelnen Schwerpunkte der japanischen G7-Präsidentschaft mit den Gesundheitsministern von UK, Frankreich, Italien, USA und Kanada und Japan. Hierzu gehörte die Koordinierung und Stärkung der Globalen Gesundheitsarchitektur im Bereich der Reaktion auf öffentliche Gesundheitsnotfälle, der Beitrag zum Erreichen einer widerstandsfähigeren,

nachhaltigeren und gerechteren allgemeinen Gesundheitsversorgung (Universal Health Coverage) und die Förderung von Innovationen im Gesundheitswesen im Bereich Forschung sowie die Entwicklung von medizinischen Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung von Pandemien und anderen Herausforderungen wie Antibiotikaresistenzen (AMR).





Multitasking mit Otto Fricke

Esther Dilcher hat sich mit ihrem Haushaltskollegen Otto Fricke (FDP) ausgetauscht.

Worum es ging, erfahrt ihr im Video. Einfach mal reinschauen!

Hier geht es zum Video... <https://youtu.be/r8iqdiTOMSA>

Auftakt auf der Internationalen Grünen Woche

(v. .l. n. r.: Martina Opfermann-Kersten (SVLFG), Arnd Spahn (IG Bau), Esther Dilcher, Dr. Volker Wolfram (Arbeitgeberverband Hessen)).



Stellenausschreibung: Team Esther Dilcher sucht Verstärkung

Möchtest du Teil meines Teams werden? Ich suche zur Unterstützung meines Wahlkreisbüro für den Standort Korbach zum 1. März 2023 eine*n Mitarbeiter*in (w/m/d) als Bürosachbearbeitung, in Teilzeit (min. 20 Wochenstunden).

Hast du Interesse? Dann freue ich mich auf deine Bewerbung!

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-75113

esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27

34497 Korbach

Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26

34369 Hofgeismar

Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de

Alle Informationen findest du hier:

<https://www.estherdilcher.de/2023/01/19/mitarbeiterin-fuer-mein-wahlkreisbuero-in-korbach-gesucht/>

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Tino Basoukos,

Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 4 Image by [Christian](#)

[Dorn](#) from [Pixabay](#), Seite 5 Bildrechte MI Download von

https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/das_ministerium/fotos/fotos-von-innenminister-boris-pistorius-119524.html, Image by [Diego Fabian Parra](#)

[Pabon](#) from [Pixabay](#), Seite 6 Esther Dilcher, Seite 7 Image by [M.](#)

[Maggs](#) from [Pixabay](#), Seite 8, 9 und 10 Edgar Franke, Seite 11 Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.